Schutz und Sicherheit für weibliche Geflüchtete!

Rechte von Frauen und Mädchen werden weltweit systematisch verletzt. Gerade flüchtende Frauen sind besonders häufig Opfer von Gewalt. Zwangsprostitution und Menschenhandel, Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung sind einige der schlimmsten Arten von Gewalt gegen Frauen, denen wir entschlossen entgegentreten müssen.

Auf die speziellen Bedürfnisse von geflüchteten Mädchen und Frauen in den Unterkünften müssen wir besondere Rücksicht nehmen. Sichere Unterbringung für alleinreisende Frauen und ihre Kinder und Bereitstellung geeigneter sanitärer Anlagen muss bereits vor der Anmietung bzw. dem Bau von Unterkünften im Genehmigungsverfahren sichergestellt werden. Wenn Frauen verfolgt werden, darf es in bayerischen Flüchtlingsunterkünften keinesfalls zu weiteren Drangsalierungen kommen

In den Unterkünften brauchen wir kultursensible Fortbildungen für BetreuerInnen und ÄrztInnen, um besser auf die Probleme der gefolterten und geflohenen Mädchen und Frauen eingehen zu können.Gleichzeitig muss die psychosoziale Beratung und die Stärkung entsprechender Zentren ausgebaut werden.

Wir fordern:

- Effektiven Schutz von geflüchteten Frauen und Mädchen, eigene Unterkünfte für alleinreisende Frauen
- Kultursensible psychische und medizinische Betreuung von Frauen im Asylprozess
- Hilfsangebote für Opfer von Menschenhandel stärken und Verbesserung ihres Aufenthaltsstatus
- Ein Landesgesetz zur Bekämpfung der Zwangsprostitution

Frauen in die Gremien!

Frauen und Männer sind gleichberechtigt! So steht es zumindest im Grundgesetz. Aber schon im Bayerischen Landtag beträgt der Frauenanteil noch nicht mal 30 Prozent, in den Kommunen sieht es zum Teil noch düsterer aus. Doch nur wenn Frauen gleichermaßen in den Parlamenten vertreten sind, vom Gemeinderat bis zum Bundestag, kann man von einer echten Repräsentanz des Volkes sprechen. Nur so kann sicher gestellt werden, dass die Perspektiven von Frauen auch in die Entscheidungsfindung einfließen. Für echte Gleichberechtigung benötigen wir eine Reform des Wahlrechts: ein sogenanntes Paritätsgesetz, wie es viele andere Länder bereits seit langem haben.

Wahllisten müssen dabei generell nach dem Reißverschlussprinzip abwechselnd männlich/weiblich besetzt werden, so wie das bei uns Grünen schon längst der Fall ist.

Dass wir stellenweise noch nicht mal 10% Frauen in öffentlich-rechtlichen Beratungs- und Beschlussorganen und in Aufsichtsräten von Unternehmen aufweisen können, ist für ein demokratisches Land beschämend. Wir fordern daher Gesetze zur gleichberechtigten Besetzung dieser Gremien, wie zum Beispiel der Rundfunk- und Medienräte.

Wir fordern:

- Ein Paritätsgesetz zur quotierten Besetzung von Wahllisten
- Reform der Medienaufsicht und Einführung eines Gremienbesetzungsgesetzes
- Mentoringprogramme für mehr Frauen in der Politik und Überprüfung der Sitzungszeiten

Ihr Kontakt

Verena Osgyan, MdL
Sprecherin für Frauen und Gleichstellung
verena.osgyan@gruene-fraktion-bayern.de
Tel. 089 / 4126 - 2574
Fax 089 / 4126 - 1574

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München
www.gruene-fraktion-bayern.de

Titelfoto: mi.la - photocase.de

Grüne Frauenpolitik im Bayerischen Landtag

Seit Beginn der Legislaturperiode 2013 haben wir mehr als 100 Anfragen zur Lebenssituation von Frauen und Mädchen in Bayern gestellt und zahlreiche Anträge und Gesetzentwürfe eingebracht, um deren Lage zu verbessern.

Unsere aktuellen Initiativen zum Thema Frauen- und Gleichstellungspolitik finden Sie online unter: www.gruene-fraktion-bayern.de

Stand: März 2017

GRÜNE FRAUENPOLITIK

Demokratie geht nur geschlechtergerecht.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
LANDTAG BAYERN

Liebe Frauen, liebe Männer,

in über 150 Jahren Frauenbewegung haben wir einen gesamtgesellschaftlichen Wandel erfahren. Aber allein darauf zu vertrauen, dass sich dadurch automatisch Fortschritte bei der Gleichstellung ergeben, greift zu kurz. Denn vieles, wie das uneingeschränkte Wahlrecht für Frauen, konnten wir nur durch politische Vorgaben erstreiten.

Wir sind überzeugt, dass Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für alle Grundlage einer gerechten Gesellschaft sind. Jeder und jede soll sich gemäß ihren Wünschen und Fähigkeiten entwickeln können und an der Gesellschaft teilhaben – unabhängig von Generation, Geschlecht, Behinderung, sexueller Ausrichtung, kulturellem Hintergrund und sozialer Herkunft. Die Realität ist aber eine andere. Gerade Bayern liegt bei den harten Kennzahlen wie dem Lohnabstand zwischen Männern und Frauen oder bei Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder im bundesweiten Vergleich ganz hinten. Solange die Verhältnisse aber so sind, wie sie sind, kann von Wahlfreiheit keine Rede sein.

Ziel der Grünen im Bayerischen Landtag ist, dass es echte Entscheidungsfreiheit gibt, und Diskriminierung und Gewalt konsequent geahndet werden. Daran müssen wir weiter arbeiten, denn Gleichstellung „passiert“ nicht von selbst.

Wir brauchen den Willen, hier politisch einzugreifen und ja – auch den Mut zu Quoten: nicht nur für Aufsichtsräte, sondern auch in der Politik!
Denn Demokratie geht nur geschlechtergerecht.

Ihre / Eure

Verena Osgyan

An die Arbeit!

Bei gleicher Arbeit bekommen Frauen im Schnitt sieben Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen.
Insgesamt verdienen Frauen in Bayern sogar ein Viertel weniger als Männer. Und noch immer scheitern viele Frauen an der sogenannten „Gläsernen Decke“.

Die Zahl der Frauen in Führungspositionen ist beschämend. Auch in Berufen, in denen der Staat regelnd einschreiten könnte: im öffentlichen Dienst und im Wissenschaftsbetrieb. Universitäre Karrieren sind männlich geprägt, obwohl mehr Frauen studieren als Männer. Nicht einmal jede fünfte Professur ist mit einer Frau besetzt.

Wie können wir das ändern? Ein Kernpunkt ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Doch hier setzt der Staat die falschen Anreize. Anstatt eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu fördern, wird die Alleinverdienerehe subventioniert. Familienbezogene Leistungen wie das Landeserziehungsgeld und das Betreuungsgeld, die einseitig Frauen aus dem Erwerbsleben fernhalten und so zur Altersarmut beitragen, müssen zu Gunsten eines verstärkten Ausbaus von Kinderbetreuungsangeboten und Erhöhung der Kinderfreibeträge auf den Prüfstand.

Wir fordern:

- Eine Reform des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes: Konkrete Zielvereinbarungen und Quotenregelungen im öffentlichen Dienst und an den Hochschulen
- Aufhebung des Ehegattensplittings zugunsten einer Kindergrundsicherung
- Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung in Krippen, Kindergarten und Hort und flächendeckende Bereitstellung guter Ganztagsschulen

Rollenbilder – eine Frage der Bildung!

Wir sind überzeugt: Es ist Aufgabe des gesamten Bildungssystems, das geschlechtersensible Denken und Handeln aller an den Lehr- und Lernprozessen Beteiligten zu fördern. Doch weder im Geschichts- noch im Sozialkundeunterricht ist Gleichberechtigung als festes Element im Lehrplan verankert.

Dabei müsste das Thema Geschlechterverhältnis überall deutlich gemacht und nicht auf die Biologie reduziert werden. Im Fach Geschichte könnte die historische Entwicklung des Frauenwahlrechts behandelt und im Fach Wirtschaft die Erwerbsverläufe von Frauen und Männern betrachtet werden. Nicht zuletzt sollte in den Berufsorientierungsphasen verstärkt das Interesse von Mädchen für MINT-Fächer (Mathe, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) geweckt werden. Für die Geschlechterforschung an Bayerischen Hochschulen gibt es bis heute keine systematische und kontinuierliche Forschungsförderung.

Nicht hinnehmbar ist außerdem, dass Berufstätige in sogenannten typisch weiblichen Berufsfeldern grundsätzlich schlechter bezahlt werden, völlig ungeachtet der nötigen Ausbildung und Verantwortung, die z.B. Beschäftigte im erzieherischen und pflegerischen Bereich tragen.

Wir fordern:

- Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen fördern und Diskriminierung vorbeugen
- Gender Mainstreaming in die Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen verankern
- Mehr Initiativen für Mädchen in MINT-Fächern, mehr Jungen und Männer in erzieherische Berufe
- Forschungsprogramme des Freistaats zu Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechterrollen (Gender Studies)

Ein NEIN ist ein NEIN!

Alle zwei bis drei Tage wird eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet, erlebt jede vierte Frau Gewalt und berichten 58% der Frauen in Deutschland von sexualisierter Belästigung. Seit 2003 stieg in Bayern die Anzahl der gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt auf knapp 20.000 Gewalttaten. Immer mehr Frauen suchen deshalb Hilfe bei Beratungsstellen oder flüchten in eines der 38 staatlich geförderten Frauenhäuser. Diese verfügen aber weder über genug Personal noch ausreichend finanzielle Mittel, um allen Betroffenen helfen zu können: Sie haben gerade einmal 426 Plätze für Frauen und 504 Plätze für deren Kinder. Jede zweite Frau muss abgewiesen werden. Im Jahr 2014 waren das 4.200 Frauen. Damit hat Bayern die zweitniedrigste Versorgungsquote aller Bundesländer.

Wir begrüßen prinzipiell die jüngste Reform des Sexualstrafrechts. Nach langem Kampf ist endlich der Grundsatz „Nein heißt Nein” gesetzlich verankert. Darüber hinaus wollen wir, dass für vergewaltigte Frauen zeitnah eine qualifizierte Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung und einer Notfallverhütung mit der „Pille danach“ in allen deutschen Krankenhäusern sichergestellt wird. Die Finanzierung von Unterstützungs- und Beratungsangeboten muss sichergestellt werden.

Wir fordern:

- Gesicherte Finanzierung und flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern und Frauennotrufen
- Ausbau von Unterstützungs- und Beratungsangeboten für Betroffene von sexualisierter Gewalt, Stalking und Cybermobbing
- Dunkelfeldstudien und qualifizierte Notfallversorgung einschließlich anonymer Spurensicherung
- Notfallverhütung mit der „Pille danach“ in allen deutschen Krankenhäusern